

# Sachverständigenratsgutachten 2022/2023

## Energiekrise und Inflation belasten die Wirtschaft

Die Energiekrise und die hohe Inflation belasten die Haushalte und die Unternehmen in Deutschland massiv. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (SVR) erwartet deshalb einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im kommenden Jahr um 0,2 Prozent. Dank des noch positiv verlaufenen ersten Halbjahres wird die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt des aktuellen Jahres um 1,7 Prozent wachsen.

### 1.1 Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die weltweite Konjunktur hat sich seit Beginn des Jahres 2022 deutlich abgeschwächt. In der Analyse der globalen Konjunktur unterscheidet der Sachverständigenrat zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt konnte im ersten Halbjahr 2022 noch ein positives Wachstum beobachtet werden, dieses fiel jedoch deutlich schwächer aus als im 2. Halbjahr 2021. Insbesondere in Europa sorgten Erholungseffekte nach rund zwei Jahren Corona-Pandemie für positive Wachstumsraten. Die USA verzeichneten hingegen einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität. In den Schwellenländern insgesamt wurde im 1. Halbjahr 2022 ein negatives Wachstum beobachtet. Hier macht sich insbesondere die aktuelle Wachstumschwäche Chinas bemerkbar. Einige Länder Lateinamerikas und Asiens konnten gleichzeitig eine starke Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität verzeichnen.

Der Sachverständigenrat führt für die globalen Wachstumshemmnisse insbesondere drei Faktoren ins Feld:

- Massiv gestiegene Energiepreise sowie hohe allgemeine Inflationsraten belasten die Unternehmen und dämpfen die Kaufkraft der Verbraucher. Gemeinsam mit zunehmend restriktiv agierenden Notenbanken wirkt sich dies negativ auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und somit auch auf die Konjunktur insgesamt aus.
- Eine hohe wirtschaftliche Unsicherheit dämpft die Investitions- und Konsumentscheidungen von Unternehmen und Verbrauchern. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat die wirtschaftliche Unsicherheit insbesondere in Europa seit Jahresbeginn stark zugenommen.
- Weiterhin behindern Einschränkungen im Zusammenhang mit Corona weltweit Volkswirtschaften in ihrem Wachstum. Hier sei insbesondere China genannt, das durch seine ökonomische Bedeutung Ausstrahlungseffekte auf weitere Volkswirtschaften hat.

Die globale Industrieproduktion verzeichnete im ersten Halbjahr 2022 ein Wachstum von 1,1 Prozent gegenüber Dezember 2021. Dass das Wachstum vergleichsweise gering ausfällt, ist auf einen Rückgang der Industrieproduktion im zweiten Quartal 2022 zurückzuführen. Produktionsbehinderungen in China durch Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-

Pandemie sowie Engpässe bei Vorleistungsgütern aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine waren hierfür verantwortlich.

Auch der Welthandel entwickelte sich vergleichsweise schwach und wuchs im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2021 um lediglich 1,0 Prozent. Maßgeblich verantwortlich für diese Wachstumsschwäche waren die scharfen Lockdowns in den wichtigsten Handelsmetropolen Chinas bzw. in den Häfen der Metropolen.

In seiner aktuellen Prognose für die zukünftige Entwicklung der globalen Konjunktur ist der Sachverständigenrat von seiner Prognose aus dem Frühjahr abgerückt und erwartet nun eine deutlich schwächere weltwirtschaftliche Entwicklung. Für das gesamte Jahr 2022 erwartet der Sachverständigenrat ein Wachstum des globalen BIPs von 2,8 Prozent, für das Jahr 2023 werden 1,9 Prozent Wachstum vorausgesagt. Als Gründe werden eine anhaltende Teuerung – insbesondere im Energiesektor – sowie restriktive geldpolitische Maßnahmen angeführt. Unterstützt wird die Prognose durch die aktuell sehr schlechte Stimmung sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch im Bereich der Konsumenten.

## 1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Im ersten Halbjahr 2022 erhielt die Konjunktur in Deutschland vor allem durch den nach Aufhebung der Corona-Einschränkungen steigenden Dienstleistungskonsum positive Impulse. Seit Jahresmitte belastet die hohe Inflation den Konsum. Gleichzeitig leidet die Produktion unter der Energiekrise sowie unter der sich abschwächenden Weltkonjunktur. Somit stagniert die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr, dank der positiven Entwicklung in der ersten Jahreshälfte ergibt sich im Jahresdurchschnitt nach Einschätzung des Sachverständigenrats ein Anstieg des BIP um 1,7 Prozent.

Die belastenden Faktoren wirken in den kommenden Monaten weiter. Die hohen Preise für Erdgas und damit auch Strom belasten die deutsche Konjunktur deutlich. Die Inflation wird nach der Prognose des Rats im Jahresdurchschnitt 2022 bei 8,0 Prozent liegen. Die Gaspreisbremse wird den Verbraucherpreisanstieg etwas abschwächen, für 2023 rechnen die Sachverständigen mit einer Inflationsrate von 7,4 Prozent. Die hohe Inflation lässt die realen Haushaltseinkommen und damit auch die realen Konsumausgaben sinken. Zum Teil wird der Rückgang den Experten zufolge durch eine sinkende Sparquote kompensiert werden, zumal der weiterhin robuste Arbeitsmarkt die Konsumneigung stützen wird.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden der Prognose zufolge im kommenden Jahr moderat steigen. Die sich langsam entspannenden Lieferengpässe sollten dazu führen, dass die hohen Auftragsbestände abgebaut und die Produktion folglich zunehmen wird. Eine stärkere Investitionsdynamik ist angesichts der hohen Unsicherheit und der allgemein gedämpften Wachstumsperspektiven nicht zu erwarten. Die Bauinvestitionen sind vor allem angesichts der hohen Kosten und steigenden Zinsen abwärts gerichtet.

Vom Außenhandel sind nur schwache Impulse für die Wirtschaftsleistung in Deutschland zu erwarten, da sich die Konjunktur weltweit eintrübt. Positiv wirkt die zunehmende Auflösung der globalen Lieferengpässe.

Der Sachverständigenrat erwartet für das Winterhalbjahr 2022/2023 einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2023 ist mit einem Wiederanziehen der Konjunktur zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich nach der Prognose ein Rückgang des BIP um 0,2 Prozent gegenüber 2022.

Die Dynamik am Arbeitsmarkt lässt nach, dennoch bleibt er angesichts des schwierigen konjunkturellen Umfelds robust. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2022 voraussichtlich um 550.000 höher liegen wird als 2021, beträgt der Anstieg im kommenden Jahr der Prognose zufolge nur noch 89.000. Die Zahl der Arbeitslosen soll im laufenden Jahr um 191.000 sinken, im Jahr 2023 dann aber um 76.000 Personen steigen. Das entspricht Arbeitslosenquoten von 5,3 bzw. 5,4 Prozent, nach 5,7 Prozent im Jahr 2021.

Der Prognose liegt die Annahme zu Grunde, dass es weder im aktuellen Winter noch im Winter 2023/2024 zu einer Gasmangellage kommt. In diesem Fall wären weitaus umfangreichere Produktionsausfälle sowie auch negativere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt die Folge.

### 1.3 Wirtschaftspolitik

Priorität räumt der Sachverständigenrat in der aktuellen Situation der „solidarischen Bewältigung der Energiekrise“ ein, sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene. Ziel müsse es sein, sowohl das Energieangebot zu erhöhen als auch die Nachfrage nach Energie zu senken.

Zur Angebotsausweitung müssten die Aktivitäten zur Beschaffung von Flüssiggas (LNG) verstärkt werden. Parallel dazu fordert der Rat einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien und plädiert zudem dafür, die Laufzeiten der verbliebenen Kernkraftwerke zu verlängern und Kohlekraftwerke befristet aus der Reserve zurückzuholen.

Eine Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen ist nach Ansicht des Rats dringend erforderlich. Allerdings sollten diese zielgerichteter ausgestaltet werden als bisher. So sollten sich die Entlastungen fokussieren auf die Haushalte, die die Preissteigerungen nicht verkraften können und auf Unternehmen, die überdurchschnittlich belastet sind und zugleich ein mittelfristig tragfähiges Geschäftsmodell haben. Wichtig sei zudem, dass das Knappheitssignal hoher Preise durch die Entlastungen nicht geschwächt werde, weil dies die Bemühungen zur Einsparung von Energie konterkarieren würde.

Schließlich dürften die Staatsfinanzen durch die Entlastungsmaßnahmen nicht überstrapaziert werden. In diesem Zusammenhang schlägt der Rat eine zeitlich streng befristete Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Einführung eines Energie-Solidaritätszuschlags für Besserverdienende vor.

Als Reaktion auf die aktuell sehr hohen Inflationsraten im Euro-Raum plädiert der Sachverständigenrat für eine Fortsetzung der zunehmend restriktiven Geldpolitik der EZB. Dies sei erforderlich, um die Inflationserwartungen zu bremsen und damit vor allem eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Allerdings müsse die EZB sehr behutsam vorgehen, um die konjunkturelle Lage durch die restriktivere Geldpolitik nicht weiter zu verschlechtern.

Zur Abmilderung des zunehmenden Fachkräftemangels in Deutschland empfiehlt der Sachverständigenrat einen zielgerichteten Ausbau der beruflichen Weiterbildung sowie eine bessere Steuerung der Erwerbsmigration. In diesem Zusammenhang plädiert das Gutachten auch für einen stärkeren Zuzug von Fachkräften aus nicht EU-Staaten.

Als Reaktion auf die aktuellen Krisen mahnt der Sachverständigenrat eine strategischere Ausrichtung der deutschen Wirtschaft an, um sich unabhängiger von einzelnen Volkswirtschaften und geopolitischen Spannungen zu machen. Erforderlich sind dafür laut des Gutachtens der Ausbau europäischer Produktionskapazitäten sowie eine stärkere Diversifizierung von Lieferketten.

## 1.4 Eckdaten der Prognose für Deutschland

<i>Sofern nicht anders angegeben preisbereinigt, Veränd. gg. Vj. in Prozent</i>	2021	Prognose Sachverständigen- rat	
		2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	+2,6	+1,7	-0,2
Private Konsumausgaben	+0,4	+4,6	-0,6
Konsumausgaben des Staates	+3,8	+3,8	+0,8
Ausrüstungsinvestitionen	+3,5	+1,6	+2,1
Bauinvestitionen	0,0	-1,4	-2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	+1,0	+1,8	+2,8
Exporte	+9,7	+1,5	+1,4
Importe	+9,0	+5,5	+1,5
Exportüberschuss, nominal, in Mio. Euro	191,5	76,7	99,0
Verbraucherpreise	+3,1	+8,0	+7,4
Produktivität je Stunde	+0,9	0,0	-0,2
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen, nominal	+15,0	+1,0	+5,1
Arbeitnehmerentgelt, nominal	+3,5	+5,4	+5,8
Bruttolöhne u. -gehälter, nominal	+3,7	+5,8	+5,8
Nettolöhne u. -gehälter, nominal	+4,2	+7,0	+3,9
Lohnstückkosten, real	-2,3	-1,6	+0,2
Erwerbstätige, in Tsd.	44.980	45.530	45.619
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in Tsd.	33.897	34.465	34.601
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.613	2.422	2.498
Arbeitslosenquote (in Prozent aller inländischen Erwerbspersonen)	5,7	5,3	5,4

### Ansprechpartner

**Elias Kerperin**

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de